# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102. | Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1909. | 20. Jahrg.


## Auf dem toten Punkt.

Ein Berliner Artikel der Kölnischen Zeitung kennzeichnet den Finanzjammer nicht übel. Man hört, so erzählt das rheinische Blatt, „ebensowenig etwas von der Einbringung von Ersatzsteuern für die abgelehnten Teile der Reichsfinanzreform, noch von der Einbringung eines erweiterten Erbschaftssteuergesetzes mit der Besteuerung auch des Erbes der nächsten Verwandten als Ersatz für die wohl als erledigt anzusehende Nachlaßsteuer. Die Regierung scheint vielmehr ruhig abwarten zu wollen, daß die Finanzkommission die Steuerentwürfe bis zum Ende durchberät und dann vielleicht bei der zweiten Lesung die erforderliche Abänderung der Reichserbschaftssteuergesetze selbst vornimmt. Hierbei scheint sie sich nicht an den Umstand zu stoßen, daß gerade bei den wichtigsten Abstimmungen wieder die Ablehnung mit Stimmengleichheit voraussichtlich erfolgen wird und daß die in der Finanzkommission entstandenen Gesetzentwürfe im Rahmen der ganzen Finanzreform möglicherweise sehr wenig brauchbar sind. Auch in parlamentarischen Kreisen herrscht eine Unentschlossenheit und Ratlosigkeit, die der im Regierungslager nichts nachgibt. Zu der Finanzkommission, die Dienstag morgen in mehr als dreistündiger Sitzung sage und schreibe drei Paragraphen des Branntweinsteuergesetzes durchberaten hat, hat man wenig Vertrauen und stellt Berechnungen darüber an, wie lange Zeit wohl die Kommission noch auf die Durchberatung der Steuergesetze verwenden wird. Der Block schläft den Schlaf des Gerechten. Kompromißverhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung werden nicht geführt. Die Regierung lauert auf die Initiative der Parteien, und die Parteien scheinen, und zwar mit Recht, zu denken, daß es Sache der Reichsregierung ist, die Verhandlungen über den toten Punkt zu bringen. Wer weiß, wie das alles noch enden mag!"

*

Fürst Bülow ergötzt sich mittlerweile mit Deputationsempfängen und Telegrammentsendungen, in denen er immer von neuem versichert, daß die Finanzreform eine große nationale Aufgabe sei und daß sie durchgeführt werden müsse.

In der Antwort auf eine Ergebenheitsadresse der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu seinem 60. Geburtstage sagt Bülow:

> Stärker als die Sorge um die sich türmenden Schwierigkeiten ist in mir der feste Glaube an des deutschen Volkes Zukunft. Wir können und werden nicht daran scheitern, daß wir die reichen Kräfte unserer Nation für unsere Finanzwirtschaft bisher nur unzureichend zu organisieren verstanden. In dieser Zuversicht werde ich unverzagt an dem begonnenen Reformwerk weiterarbeiten, und freue mich, dabei der Unterstützung der nationalliberalen Partei sicher zu sein.

Vor einer Deputation aus Bamberg, wo Bülow Ehrenbürger ist, erklärte er, daß die Finanzfrage „eine Lebens- und Schicksalsfrage für das deutsche Volk" sei und er sprach die Hoffnung aus, daß der „Gemeinsinn" über die „Kurzsicht", der „praktische Sinn" über „blutleere Doktrinen", „Einigkeit" über „Rechthaberei" und „Eigenbrödelei" über „Parteischablonen und Sonderinteressen" siegen werde, noch ehe sich die finanzielle Bedrängnis „zu einer für unser Ansehen in der Welt wie für die innere Festigkeit des Reiches verderblichen, nicht wieder gutzumachenden Schädigung auswächst".

In all diesen Kundgebungen kein offenes Wort gegen die Konservativen und den Bund der Landwirte, kein Wort von der Erbschaftssteuer! Und die vom Reichskanzler am 20. April selbst angekündigten Ersatzvorlagen, die vom Reichstag noch vor den Sommerferien erledigt sein sollten, bleiben noch immer aus! Selbst der konservative Reichsbote, der in der Frage der Erbschaftssteuer gegen die Mehrheit seiner Parteifreunde im Kampfe steht, fühlt sich von der Regierung im Stich gelassen. Er schreibt:

> Alle Welt blickt mit Kopfschütteln auf die Regierung, weil diese das alles ruhig hinnimmt und höchstens einmal sagt: Die Reform muß fertig werden. Das kann sie noch hundertmal sagen, und sie wird doch nicht fertig .... Die Regierung tut nichts, sonst könnte sie dem Reichstag ein Erbanfallsteuergesetz samt einem Wertzuwachssteuergesetz vorlegen und sofortige Beschlußfassung darüber verlangen.
>
> Das muß sich jetzt aus seinem eignen Lager der Reichskanzler sagen lassen, der noch vor vierzehn Tagen gegen den Reichstag gehetzt hat, weil er nichts fertig bringt!

*

### Ein Schreckschuß.

Eine soeben erschienene Korrespondenz stellt die Behauptung auf, daß Fürst Bülow bestimmt zurücktreten werde, wenn nicht bis Pfingsten unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Finanzreform im Sinne der Regierung erzielt sei. Von eingeweihten Kreisen im Reichstage wird die Richtigkeit dieser Meldung bestätigt; man ist auch allgemein davon überzeugt, daß es sich dabei bloß um einen letzten Schreckschuß handeln kann. Was dann geschieht, wenn die erhoffte Wirkung ausbleibt, ist heute natürlich noch nicht abzusehen.

*

### Die Tabaksteuer.

In der Subkommission des Reichstages für Tabakbesteuerung beschloß eine aus Konservativen, der Reichspartei und dem Zentrum bestehende Mehrheit folgendes: Zu den bisherigen Zollsätzen auf ausländischen Tabak wird ein Wertzuschlag von 30 Prozent hinzugefügt. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 50 M. pro Doppelzentner erhöht. Grumpen werden mit 45 M. pro Doppelzentner besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Rohtabak unterliegt der Nachversteuerung. Die Regierung berechnete den Mehrertrag für die Reichskasse nach diesen Steuersätzen auf 30 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete Müller-Fulda (Zentrum) hat dagegen den Mehrertrag auf 38 Millionen Mark berechnet.

*

### Die Weinsteuer.

Nach Erledigung der 1. Lesung der Branntweinsteuer wird sich die Finanzkommission des Reichstages zunächst mit der Weinsteuer, und zwar mit dem Berichte der Subkommission beschäftigen. Die Vorschläge der Subkommission gehen dahin, von der Einführung einer Weinsteuer überhaupt abzusehen, insbesondere einer allgemeinen Faßweinsteuer nicht zuzustimmen. Für den Fall aber, daß die Hauptkommission sich doch für eine Flaschenweinsteuer entscheidet, soll die Steuer festgesetzt werden für die halbe Flasche auf 3, für die ganze Flasche auf 5 Pf. Der Entwurf des Weinsteuergesetzes sieht neben dieser Flaschensteuer auch eine Wertsteuer vor, die bei Flaschenweinen im Werte von 20 M. ihren Höhepunkt erreicht. Der Kommission wird nun empfohlen, die Staffelung dieser Wertsteuer zu erweitern, und zwar so, daß Weine im Werte von 20 bis 35 M. pro Flasche 3 M., Weine bis 50 M. 5 M. und Weine zu einem Preise von mehr als 50 M. pro Flasche 8 M. Zuschlag zahlen sollen. Auf alle Fälle wird eine Erhöhung der Schaumweinsteuer vorgeschlagen.

Die Kommission hatte sich auch mit der Frage befaßt, ob es angängig sei, eine Steuer auf alkoholfreie Getränke zu legen. Nach einer oberflächlichen Berechnung hätte diese Steuer 8—9 Millionen Mark einbringen sollen. Die Subkommission entschied sich dahin, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen, daß eine Steuer auf alkoholfreie Getränke vorgeschlagen werden soll, wenn die Weinsteuer angenommen wird. Sollte dagegen die Weinsteuer abgelehnt werden, dann solle auch die Besteuerung der alkoholfreien Getränke unterbleiben.

## Preußische Politik unter Clemenceau.

Man schreibt uns aus Paris:

p. c. „Die Regierung scheint endlich aus ihrer Lethargie aufzuwachen. Sie hatte alles ertragen. Sie beginnt das Gesetz anzuwenden." Mit diesen Worten begrüßt das Journal des Débats in seiner Dienstagsnummer den neuesten Kurs in der Clemenceauschen Regierung. Neu ist er ja eigentlich nicht in der Tendenz, sondern in der scharfen Form. Wir berichteten schon über die Maßregelungen, die die Regierung im Anschluß an den 1. Mai unter den Postbeamten vorzunehmen gedenkt. Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Opfer, die sie ausgesucht hat. Bis jetzt sind es **nicht weniger als 52 Postangestellte**, die vom Dienst suspendiert sind und vor dem Disziplinargericht erscheinen müssen. Gestern sind wieder zwei dazugekommen, denen vorgeworfen wird, daß sie sich respektlos gegen die Regierung ausgesprochen hätten. Die offiziösen Telegraphenbureaus, die Agence Havas in Frankreich, das Wolffsche Bureau in Deutschland, wissen über „schwere Insubordinationen" zu berichten. Diese „Insubordinationen" bestehen meistens darin, daß der Angeklagte vielleicht die Internationale gesungen hat oder Nieder mit Symian! Nieder mit Clemenceau! rief. Die Regierung begnügte sich aber nicht nur damit, unter den Postbeamten Ernte zu halten: in Rouen ließ sie den Genossen Marck, der vor einigen Monaten zum Schatzmeister der Confederation Generale du Travail gewählt wurde, verhaften, und den Sekretär der Arbeiterbörse von Rouen ebenfalls, weil sie in der Maiversammlung die Regierung beleidigt haben sollten. Mitten in der Nacht ließ die Polizei Marck aus dem Bett heraus holen. Ganz klar ist der Zweck, den Clemenceau mit diesen Maßregeln verfolgt, nicht: bei den Arbeitern hat er nichts mehr zu verlieren, das weiß er und danach handelt er auch. Aber er hat kein Interesse, im eigenen radikalen Lager im letzten Jahre vor den großen Wahlen eine Spaltung herbeizuführen: und daß man sich auf der radikalen Seite nichts weniger als einig ist über die Notwendigkeit der neuesten Repressivmaßregeln, geht aus den Auslassungen einzelner radikaler Blätter deutlich hervor. Allerdings gewinnt Clemenceau auf der anderen Seite die Gemäßigten und sogar einen Teil der völlig Rechtsstehenden für sich, so daß er die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausspielen kann. Von der Wahrung demokratischer, republikanischer oder gar revolutionärer Traditionen darf man schon gar nicht mehr sprechen: es gibt nur noch Wahlinteressen, und die Regierung sucht die ihrigen nicht auf der Seite der aufstrebenden Massen, nicht einmal im Lager der radikalen Mitte, sondern drüben bei der finanziellen Großbourgeoisie. Der gilt es Freude zu machen: ihr zu Ehren wurde der neueste Kurs eingeschlagen.

* * *

### Ein neuer Post- und Telegraphenbeamten-Ausstand?

Paris, 5. Mai. Der gestrige Beschluß der Bahnpostbeamten, sich mit den disziplinarisch bestraften Kameraden solidarisch zu erklären und in den Streik einzutreten, sobald das Komitee das Zeichen gibt, bedeutet eine Kriegserklärung gegen die Regierung. Trotzdem hält das Kabinett bis jetzt noch die scharfe Methode gegen die Beamten aufrecht. Es scheint, daß die Regierung es auf eine neue Kraftprobe ankommen lassen will, und daß sie sich diesmal besser vorgesehen hat als im März. Mehrere tausend Soldaten sollen in aller Stille in den Elementen des Postdienstes unterrichtet worden sein; einige hundert Telegraphisten sind seit März in der Bedienung der Hughes- und Baudot-Apparate geschult worden. Fünfhundert überzählige Telephonistinnen warten auf Anstellung. Außer den Stationen für drahtlose Telegraphie sollen viele tausend Briefstauben bereit gehalten werden. Dazu bereitet sich auch die private Organisation vor, dem Staate zu Hilfe zu kommen. Das Haus Jufahel allein kann zweitausend im Postdienst geschulte Beamte zur Verfügung stellen; andere große Firmen sind zu ähnlichen Diensten bereit.

Inzwischen scheint die Regierung geneigt, den der Beamtenschaft verhaßten Unterstaatssekretär Symian fallen zu lassen. Wenigstens hat Minister Barthou die anderen Minister ersucht, alle das Post- und Telegraphenwesen betreffenden Schriftstücke in Zukunft nicht mehr an das Unterstaatssekretariat der Posten und Telegraphen, sondern direkt an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu richten. Zieht Symian aus diesem Erlaß die Konsequenz, zu demissionieren, so dürfte die morgige Unterredung mit der Abordnung der Beamten vielleicht zu einer vorläufigen Einigung führen.

## Das Recht auf Arbeit.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. London, 2. Mai 1909.

Die Arbeiterpartei sorgt dafür, daß die Frage der Arbeitslosigkeit das Parlament nicht zur Ruhe kommen läßt. Die Arbeiter fordern eine ernsthafte Lösung des Problems und die Regierung wirft ihnen den Stein der staatlichen Arbeitsvermittlungsbureaus hin, deren Einführung die Thronrede ankündigte. Auf diesen Hohn antwortet die Arbeiterpartei mit der Forderung der gesetzlichen Festlegung des Rechts auf Arbeit. Am Freitag stand die zweite Lesung der Arbeitslosen-Bill der Arbeiterpartei auf der Tagesordnung des Unterhauses. Die Vorlage ist im wesentlichen dieselbe wie die, welche in der vorigen Session im Unterhause abgelehnt wurde. Sie besteht aus zwei Teilen; der eine legt den Behörden die Verpflichtung auf, jedem willigen Arbeitslosen entweder lohnende Arbeit zu verschaffen, oder ihm und seiner Familie die Mittel zu einer anständigen Existenz zu sichern, während der zweite Teil die nötige Verwaltungsmaschinerie, sowie die finanziellen Maßregeln vorsieht, welche den Behörden die Möglichkeit an die Hand geben sollen, jene Aufgaben zu erfüllen.

Die diesjährige Vorlage weicht aber doch in einer Reihe nicht unwichtiger Punkte von der vorjährigen ab. So wird das „Recht auf Arbeit" jetzt auf solche Personen beschränkt, welche sich sechs Monate in der betreffenden Ortschaft aufgehalten haben und welche während der letzten sechs Wochen entweder gänzlich arbeitslos oder höchstens ein Drittel der in der Ortschaft üblichen Arbeitsstunden beschäftigt gewesen sind. Eine viel wesentlichere Aenderung ist die, daß in der gegenwärtigen Bill die Klausel wegfällt, welche die Bezahlung von Gewerkschaftslöhnen an die so behördlich beschäftigten Arbeitslosen vorschrieb. Dafür ist jetzt die Einsetzung einer Körperschaft, welche auch die Vertreter der Gewerkschaften in sich schließen muß, vorgesehen, welche die jeweilig zu zahlenden Löhne festzusetzen hat. Die Vornahme dieser Aenderungen ist deshalb bedeutungsvoll, weil sie zeigt, daß die Arbeiterpartei wirklich die Hoffnung hegt, durch Konzessionen in den Einzelheiten die grundlegenden Bestimmungen der Vorlage dem Parlamente annehmbar machen zu können.

Die Gegner haben die Vorlage dadurch zu diskreditieren versucht, daß sie sie als die Hauptforderung des organisierten Sozialismus denunzierten, in dessen Netz die braven, nüchternen „Arbeitervertreter" gefallen seien. Deshalb war es ein guter Schachzug von seiten der Arbeiterpartei, daß sie die Bill gerade von solchen ihrer Mitglieder begründen und unterstützen ließ, welche sich nicht zum Sozialismus bekennen. Einer der Hauptredner zugunsten der Bill war sogar ein Mitglied der liberalen Arbeitergruppe, welche als Gruppe — zu derselben gehören für die Dauer des gegenwärtigen Parlaments formell auch noch 13 Vertreter der Bergarbeiter — die Bill auch offiziell unterstützt. Nur ein einziger ausgesprochener Sozialist, nämlich Genosse Macdonald, ergriff diesmal das Wort. Aber gerade deshalb muß die Debatte bei ausländischen Sozialdemokraten an Interesse gewinnen.

John Hodge, der Vertreter der Stahlgießer, begründete die Vorlage. Er führte aus, daß nicht bloß die Labour Party, sondern alle Körperschaften und Vertretungen der organisierten Arbeiter, wie der Trade-Union-Kongreß und der Gewerkschaftsverband, hinter der Bill ständen. Während der Jahre 1896 bis 1906 haben die britischen Gewerkschaften nicht weniger als 21,5 Prozent ihres Einkommens in Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder bezahlt, und die Last wird noch steigen in dem Maße wie die Unternehmersyndikate die Interessen von Kapital und Arbeit unversöhnlicher machen werden. Es werde oft behauptet, daß die Interessen von Kapital und Arbeit identisch seien. Er könne aber daran nicht glauben. Es scheine ihm, daß die heiligen Rechte des Eigentums immer zuerst kommen, daß aber auf die menschliche Maschine keine Rücksicht genommen werde. Nur das Prinzip des Rechts auf Arbeit könne das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, und die Arbeiterpartei werde so lange nicht ruhen, bis die Degradation, das Elend und die Hoffnungslosigkeit, welche die Arbeitslosigkeit erzeugt, ein Ding der Vergangenheit sein werde.

John Ward, Vertreter der Erdarbeiter und Mitglied der liberalen Gewerkschaftsgruppe, sagte, daß die Arbeitslosigkeit ein dauerndes und kein periodisches Uebel sei. Die regelmäßige und ständige Arbeitslosigkeit betrage zumindest 5 Proz. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, oder 250 000 Mann; und wenn wir dasselbe Verhältnis auf die unorganisierten Arbeiter ausdehnen, die doch bekanntlich unter viel unsichereren Arbeitsverhältnissen leben, so ergibt sich, daß es in England beständig, auch in den besten Zeiten, 750 000 arbeitslose Männer gibt. Nur ein Arbeiter, der selbst in einer solchen Lage gewesen, könne begreifen, was es heißt, arbeitslos und hungrig das Pflaster zu treten. Solche Arbeitslose auf das Gesetz von Am-


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090506/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG